

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher... 3.00 Mark, durch die Post 3.50 Mark...

Die 8 Spalten 24 mm breite... 30 Pf. und Kleinere die 92 mm breite...

Zeitung

Überausfühligster Jahrgang.

Nr. 50.

Halle, Freitag, den 30. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Fortgang des Erzberger-Prozesses.

Der Erzberger-Helferlich-Prozess.

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die... Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die... Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die...

Montag in 8 Tagen wieder verhandlungsfähig... Montag in 8 Tagen wieder verhandlungsfähig... Montag in 8 Tagen wieder verhandlungsfähig...

die volle Auflösung erfahren... die volle Auflösung erfahren... die volle Auflösung erfahren...

Dr. Alberg weist darauf hin, daß doch eine... Dr. Alberg weist darauf hin, daß doch eine... Dr. Alberg weist darauf hin, daß doch eine...

das Verhandlungsprogramm... das Verhandlungsprogramm... das Verhandlungsprogramm...

der nächsten Tage, wobei auch der Vertreter Erzbergers... der nächsten Tage, wobei auch der Vertreter Erzbergers... der nächsten Tage, wobei auch der Vertreter Erzbergers...

Behandlung des Falles Ostropa... Behandlung des Falles Ostropa... Behandlung des Falles Ostropa...

Erzberger wird bekanntlich als Beirat dieser G. m. b. H... Erzberger wird bekanntlich als Beirat dieser G. m. b. H... Erzberger wird bekanntlich als Beirat dieser G. m. b. H...

ohne Vorwissen dieser Herren... ohne Vorwissen dieser Herren... ohne Vorwissen dieser Herren...

eingetragen wurden. Der Zeuge Höbner ergänzt diese... eingetragen wurden. Der Zeuge Höbner ergänzt diese... eingetragen wurden. Der Zeuge Höbner ergänzt diese...

am 2. Juli 1919 vorgenommen hat... am 2. Juli 1919 vorgenommen hat... am 2. Juli 1919 vorgenommen hat...

der Beteiligten nicht an... der Beteiligten nicht an... der Beteiligten nicht an...

und deshalb habe man es als nichtig empfunden... und deshalb habe man es als nichtig empfunden... und deshalb habe man es als nichtig empfunden...

von Vorständen als ausfällig, vom Oberstaatsanwalt... von Vorständen als ausfällig, vom Oberstaatsanwalt... von Vorständen als ausfällig, vom Oberstaatsanwalt...

am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919...

am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919...

am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919...

am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919...

am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919... am 2. Juli 1919...

lehgt. Am Dienstag vormittag 10 Uhr wird in die... lehgt. Am Dienstag vormittag 10 Uhr wird in die... lehgt. Am Dienstag vormittag 10 Uhr wird in die...

Oesterreichs Finanzen.

Wien, 30. Jan. Im Finanzamt... Wien, 30. Jan. Im Finanzamt... Wien, 30. Jan. Im Finanzamt...

Die österreichische Regierung hat mit der... Die österreichische Regierung hat mit der... Die österreichische Regierung hat mit der...

Präsidenten... Präsidenten... Präsidenten...

Wien, 30. Jan. Der Finanzminister hat... Wien, 30. Jan. Der Finanzminister hat... Wien, 30. Jan. Der Finanzminister hat...

die Beilegung des italienischen Eisenbahnstreiks... die Beilegung des italienischen Eisenbahnstreiks... die Beilegung des italienischen Eisenbahnstreiks...

Wien, 30. Jan. Der „Secolo“ meldet... Wien, 30. Jan. Der „Secolo“ meldet... Wien, 30. Jan. Der „Secolo“ meldet...

Krieg auf dem Friedensvertrage von St. Germain... Krieg auf dem Friedensvertrage von St. Germain... Krieg auf dem Friedensvertrage von St. Germain...

Wien, 30. Jan. In der Budget-Debatte... Wien, 30. Jan. In der Budget-Debatte... Wien, 30. Jan. In der Budget-Debatte...

Kollkhat's Auslieferung an die Bolschewisten?... Kollkhat's Auslieferung an die Bolschewisten?... Kollkhat's Auslieferung an die Bolschewisten?...

Wien, 30. Jan. Laut „Telegraph“... Wien, 30. Jan. Laut „Telegraph“... Wien, 30. Jan. Laut „Telegraph“...

Die Hauptverhandlung gegen Oberleutnant... Die Hauptverhandlung gegen Oberleutnant... Die Hauptverhandlung gegen Oberleutnant...

Wien, 30. Jan. Gegen den Oberleutnant... Wien, 30. Jan. Gegen den Oberleutnant... Wien, 30. Jan. Gegen den Oberleutnant...

Herr Stresemann und die Koalition.

Herr Stresemann hat neulich in einer Auseinander... Herr Stresemann hat neulich in einer Auseinander... Herr Stresemann hat neulich in einer Auseinander...

Auf diese Auffassung hat der Reichsminister... Auf diese Auffassung hat der Reichsminister... Auf diese Auffassung hat der Reichsminister...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat... Wien, 30. Jan. Der Reichsminister hat...

Abkühlung des Antisemitismus.

Der Antisemitismus, der durch den Vertritt von...
Der Antisemitismus, der durch den Vertritt von...
Der Antisemitismus, der durch den Vertritt von...

Herr Runge hat bekanntlich auch hier in Halle gesprochen. In den Anführungen für die damalige Versammlung war immer von dem „Generalstreik der Deutschen Volkspartei“ die Rede. Als solcher wurde er von der Versammlungsleitung begrüßt. Und dem Generalsekretär der Partei wurde der Dank des Leiters ausgesprochen. Heute aber hören wir, daß man damals mit jenen mit nicht christlicher Milde — mit „Zerstörern“ operiert hat und daß der Herr Generalsekretär gar kein deutschnationaler Generalsekretär ist. Die halsstarrigen Ausführungen Runges über den Staatsbankrott, die den deutschnationalen heute so peinlich sind, können um so weniger von der demokratischen Partei abgebilligt werden, als sie von dem selbstbenannten Reichstagsmitglied der deutschnationalen Partei begleitet waren!

Agarische Selbstkenntnis.

Der agrarische Führer der deutschnationalen, Abg. Graefe, hat am 27. Januar in Ostroff von dem ersten Bundesrat des Reichstages für die Landwirtschaft, Schwerin und Lübeck nach dem gewöhnlichen Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ angetreten. „Wir müssen einen ganz anderen Patriotismus verwirklichen, daran hat es gebauert und davon ist noch wenig. Ehrlichkeit, heiliger Wille nur mit.“ Das ist durchaus richtig. Der Patriotismus, der im Grunde der Landwirtschaft viel mehr umströmen kommt und durch Antisemitismus beinträchtigt wird, ist nicht der richtige und nützliche Patriotismus. Demersenswert ist es, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Bericht über die Rede des Abg. von Graefe eine Verkürzung unterdrückt. Die sich in der „Deutschen Zeitung“ findet, wonach Abg. v. Graefe erklärt hat: „Ich sage Adel und deutsches Bürgerum an, daß sie nicht zur Stelle waren in der Schicksalsstunde der vergangenen Novembertage, um den zu schützen, der für mich stets ein Mann von hochanständiger Willensstärke gewesen.“ Selbstschick ist ein Verweis dafür, daß der Deutsche politische Treue und Opfermut nicht kennt.

Diese Anklage trifft allerdings die Konventionen sehr hart. Die Konventionen, von denen Abg. v. Graefe handelt, sind nicht die, die die ersten Traktate seiner Majestät seien, und wenn es hart auf hart kommt, ihn herauszugeben würden. Abg. v. Graefe hat recht: Wo waren diese Traktate, als es wirklich hart auf hart ging?

Deutschnationale Beamtenpolitik.

Aus Baden wird uns von parlamentarischer Seite berichtet. Am 17. Januar stand in der Nationalversammlung die Erhöhung der Zulagen für Beamte, Offiziere, Mannschaften usw. zur Debatte. Neben dem Abg. Dr. Seintze von der Deutschen Volkspartei war es der Abg. Dr. Düringer, der Führer der deutschnationalen, der den Reichstagsführer über die von Mitgliedern aller Parteien beantragte und schließlich einstimmig angenommene Erhöhung um 150 v. H. nachdrücklich anregte, denn diese Erhöhung reiche nicht aus. Ein anderer Bild. Am 23. Januar beschloß die deutsche Kammer mit einer Veranschaulichung, die beantragte, als „Vorschlagskammer“ auf die Veranschaulichung der Beamten und Arbeiter sowie den Arbeiterkammern und Arbeiterkammern auf Ende Januar Beträge zwischen 150 M. und 250 M. zu gewähren. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen; nur — das deutschnationale Organ behauptet sich der Zustimmung. Als Begründung gab der Abg. Maner darzulegen an, daß die Finanzwirtschaft zu bedenklich sei und die Angelegenheit infolge der augenblicklichen Notwendigkeit des Finanzministers nicht geklärt sei. Die Kammer selbst dieser „Gründe“ erkennt man, wenn man weiß, daß aus den Verhandlungen des Jahres 1919 der Betrag von etwa 186 Mill. M. zur Verfügung steht, während der Aufwand, der durch die Bewilligung verursacht wird, nur rund 16 Mill. M. erfordert. In einer knappen Rede heisst es die nämliche Partei also fertig, das eine Mal noch über das für die Beamten Erreichbare hinausgehen zu wollen, das andere Mal bei einer in alledem noch notwendigen Aktion, für die zudem die finanzielle Defizite notwendig ist, die Zustimmung zu verlangen. Das eine Mal sieht die Kammer auf die Stimmen der Beamten, das andere Mal die Rücksicht auf gewisse Stimmungen im Reichstag. Und das Ganze nennt sich dann: deutschnationale Politik.

Dernburg gegen die Finanz- und Steuerpolitik.

In einer vom Oberbürger Grafen von Dernburg in der Bundesversammlung gehaltenen Rede sprach er sich über den überflüssigen großen Staatsapparat des Reiches aus. „Der Herr Dernburg über das Thema „Finanz- und Steuerpolitik“.“
Dr. Dernburg unterzucht zunächst, ob bei und in Deutsch-

land die Grundlagen für eine gesunde Finanzpolitik gegeben sind. Die Frage nach der Gesundheit muß vornehmlich sein. Inwiefern kann die Gesundheit durch den Staat gefördert werden? Inwiefern kann die Gesundheit durch den Staat gefördert werden? Inwiefern kann die Gesundheit durch den Staat gefördert werden?

Die neue ist ein wichtiger Erfolg und Misserfolg. Der Bericht der Regierung und bezeichnet als deren Charakteristikum die Zurückführung aller großen Vermögen und den Abbau aller höheren Einnahmen. Der Vortragende würdigte den sozialen Standpunkt, der diese Maßnahmen scheinbar erforderlich macht, aber so führt Dernburg aus, so lange das Kapital in unserem Wirtschaftsleben eine bisher noch unerledigte Funktion hat und neue Formen der Kapitalaffiliation nicht gleiches leisten wie die früheren Betriebe und Vermögen in einer Hand, ist die frühere Lage, in der der Staat sich befindet, die Besteuerung ein gewisses Vermögen ungenutzten Ausmaßes. Im Bau einer hohen Generation sind die großen Vermögen zu reduzieren oder reduziert, und eine Neubildung legt die Steuer

unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Zu dem kommenden Reichstag kommen neuer bemerkte Lernung, daß diese unter Umständen eine sehr wichtige Ueberwindung in der Weise bringen wird, daß sie über die Erhöhung von 7,5 Milliarden Ertrags nicht hinausgehen wird. Aber das ist nur ein Aufgebäude. Es muß das mit allem Nachdruck betont werden, weil gerade jetzt die „Kommission der Reparationen“ ihre Tätigkeit aufnimmt und eventuell die augenblickliche, rein geldliche Leistungslosigkeit Deutschlands zum Maßstab nimmt. Bei fast allen auf Personalsteuern beruhenden Vorschlägen ist aus sozialen

aus sozialen Gründen kann man aber eine Wirtschaftsförderung und das soll man nicht, es man nicht ein bessere hat. Aber gerade darin verlag die Führung der Sozialdemokratie ab. Der Vortragende erhebt die Forderung, alle Menschen und Institutionen des noch lange unentbehrlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems pflichtig zu behandeln und zur Durchführung und Fortsetzung ihrer Aufgaben in den Stand zu setzen. Die Politik der Ententeblätter kennzeichnet Dernburg als falsch und falsch.

Und diesem Wege wird aus Deutschland nichts herauszuholen sein. Wir selbst werden vom Abg. v. Graefe vorgeschlagen werden. Es muß daher unsere erste Aufgabe sein.

Der Vortragende betonte, daß die Interessen der anderen Mächte liegt es, uns dabei hilfreiche Hand zu leisten, denn die ökonomische Welt ist ein Ganzes.

Der Vortragende schloß mit einem Appell an die stillen Kräfte, den Danks- und Liebesworte des deutschen Volkes, an die zu glauben, wir nicht den Mut verlieren dürfen.

Rautsky über die Gefahren der Auslieferungfrage.

Der Berliner Korrespondent des „Dain Chronik“ berichtet über eine Unterredung mit Rautsky zur Auslieferungfrage. Rautsky nennt die Forderung eine große Gefahr für Deutschland, die eine Bedrohung der Regierung darstellt und die die Freiheit der Bürger zu gefährden könnte. Wenn die Diktatorische Regierung wären, würden sie sich selbst in die Hände binden und dadurch ihre Gefahr abmehren. Aber dies ist nicht zu erwarten. Sie würden sich wahrscheinlich der Auslieferung widerlegen und dann würden die anderen Offiziere, die mit ihnen im Hecce dienen, sich auf ihre Seite stellen. Die Regierung selbst ist in bezug auf diese Frage uneinig. Ein Teil ist für, der andere gegen die Auslieferung. Man rede bereits davon, daß die bürgerlichen Mitglieder aus dem Kabinett auszutreten und die Regierung der Sozialdemokraten überlassen werden, falls die Regierung die Auslieferung durchführt. Wenn es tatsächlich doch noch zur Auslieferung kommen sollte, so würde das die Reaktion im Lande erheblich verstärken. „Ich persönlich“, sagte Rautsky, „mache mir nichts daraus, was mit dem Kaiser geschieht, aber ich möchte nicht, daß man ihn zum Führer macht. Es gibt noch viel Deutsche, die den Kaiser lieben, bei viel- aber für sie keinen Fort verlieren. Ein Prozeß würde ihm seinen Nimbus zerstören. Jedenfalls darf er nicht in Amerongen bleiben, sondern muß irgendwohin gebracht werden, wo er genau überwacht werden kann, denn er ist jetzt zu nahe an Deutschland und intrigiert mit seinen Anhängern in Deutschland zusammen, die ihn oft beschützen. Es heißt, daß Hitler in ein Gange läge. Es wäre am besten, wenn Hitler in ein noch einer seiner inländischen Gefangen würde. Am liebsten würde ich sehen, daß der Kaiser als Zeuge vor einem neutralen Gerichtsbild vernommen wird, um Aufklärungen über den Krieg zu geben.“

Über die allgemeine politische Lage sagte Rautsky noch, es bestehe die Gefahr, daß die Reaktionen bei den Neuweihen eine kleine Welle heraufbringen werden. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß Hindenburg Präsident wird. Die Nationalversammlung werde ihn nicht wählen, aber im Falle einer direkten Reichswahl würde er bestimmt eine große Chance haben, denn seine Popularität sei enorm und wachse fortwährend. Außerdem sei er der Kandidat der Konservativen und der Anhänger des alten preussischen Militarismus.

Der deutsche Städtetag zur Ernährungsfrage.

Der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernbach in der Hauptsitzung des Deutschen Städtetages von 1920 abgehaltene Tagung, über den einzigen Gegenstand der Tagesordnung, das Ernährungsproblem, fand eine außerordentlich fröhliche Stimmung statt und zwar sowohl über die jetzige Lage, die uns schon während des laufenden Jahres

schicksalhaft mit einer schweren Krise bedroht, als auch über die Anstellung des Wirtschaftsplanes für die nächsten Jahre. — Die eingehenden Berichte der drei Reichs-erhalter wurden zur Kenntnis genommen und einstimmig folgende grundsätzliche Entscheidung gefaßt:

1. Alle den städtischen Verwaltungen eingehenden Beobachtungen deuten mit beunruhigender Bestimmtheit darauf hin, daß im laufenden Erntejahre eine erhebliche Menge Brotgetreide und Kartoffeln für die Bevölkerung der Städte und auch für die ländlichen Bevölkerung fehlt. Es muß deshalb an die Reichsregierung die dringende Mahnung ausgesprochen werden, den Aufbruch dieser ungeheuren Gefahr ist in Auge zu fassen und ohne Zögerung alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Ernährung der städtischen Bevölkerung zu sichern. Gleichzeitig begrüßt der Deutsche Städtetag den Aufruf an die Landwirte, der fürlich von den Vertretern der Landwirtschaft ausgeht, und fordert die bestimmte Hoffnung aus, daß die Landwirtschaft dem an sie gerichteten Aufruf folgen und alles tun wird, um die städtische Bevölkerung vor der drohenden Ernährungsnot zu bewahren.

2. Das nächste Entschlossenheit bedarf eines von der Reichsregierung abzuhängigen umfassenden Wirtschaftsplanes der davon ausgeht, daß bei unzureichender Wirtschaftlichkeit von Ausland der Bedarf an Nahrungsmitteln so weit als irgend möglich durch die heimische Erzeugung gedeckt werden muß und daß es deshalb nötig ist, unsere durch den Krieg geschwächte Landwirtschaft mit allen geeigneten Mitteln zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Um die Verwirklichung dieses Planes zu sichern, sind bei seiner Aufstellung und Durchführung vor allem der Deutsche Städtetag und die Vertreter der Landwirtschaft maßgebend zu beteiligen. — Der Deutsche Städtetag hat es dabei zur Sicherstellung der Ernährung der städtischen Bevölkerung für geboten, den Städten auch weiterhin die Hauptmaßnahmen, die sie aus finanzieller Hinsicht sind, an ihre Verfügung zu stellen, durch geordnete öffentliche Bewirtschaftung ausgeführt werden.

Die Reichseinkommensteuer.

Der Steueransatz der Nationalversammlung trat am Dienstag wieder zusammen, und die Beratung des Entwurfs der Reichseinkommensteuer fortzusetzen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Fischer und Abgeordneter Dr. Becker, stellten zu dem 20 folgenden Antrag:

Der Reichstag beschließt über den Tarif 3 D den vorläufigen Reichseinkommensteuertarif ebenfalls, besonders vom Ausnahmefall zu sprechen, die Sachverhalte darüber aufzuklären zu vernehmen, ob die Höhe dieses Tarifs mit Rücksicht auf die bereits vorhandenen und bereits angelegten oder zu erwartenden steuerlichen Belastungen des Vermögens und Einkommens durch Reich, Länder und Gemeinden noch als erträglich bezeichnet werden können oder ob dies nicht der Fall und ob nicht namentlich die Neubildung von Kapitalen durch die Höhe dieser Höhe unzumutbar gemacht oder demnach erhöht wird, daß der Tarif zu hoch an unzureichend ist. — Der Reichstag beschließt in Frage gestellt wird.

Abgeordneter Fischer begründete den Antrag eingehend und stellte die Frage, ob man die ungeheuren finanziellen Anforderungen, die an das deutsche Volk gestellt würden, vollkommen auf die Schultern einer Generation legen könne. Auch die demokratischen Vertreter sprachen für den Antrag, der jedoch schließlich gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der deutschnationalen abgestimmt wurde.

In der Sitzung vom Mittwoch wurde die Beratung fortgesetzt. In der Debatte über die Reichseinkommensteuer wurde die Veranschlagung der Reichseinkommensteuern, die dabei entfallen, von den Abgeordneten Fischer und Becker mit 1000 Mark herabgesetzt. Managins fand ein auch von Dr. Becker (D. S. V.) unterstützter demokratischer Antrag, diese Summe auf 200 Mark zu erhöhen. Für die zum Haushalt des Reiches im nächsten Angelegenheiten soll sich die Reichseinkommensteuer um 500 Mark für jede Person nach einem von den Vertretern der Deutschen Volkspartei und den Vertretern gemeinsam gestellten und angenommenen Antrag erhöhen.

§ 20 enthält den Steuertarif, der demnach außerordentlich hohe progressive Steuerhöhen vorsieht. Hierzu wird von den Sozialdemokraten eine Ermäßigung in den unteren Stufen, eine Verschärfung in den mittleren und höheren und eine Fortführung der Steuer bis zu 80 Proz. beantragt. Die Anträge wurden von der Regierung und aus dem Reich der Reichstag nicht über. Es wird aber, wenn sie eine Erhöhung von 50 Proz. befristet.

Neues Auslieferungsoverland der Entente.

Eine Depesche des Reuterschen Bureaus meldet aus Paris: „Die zweite Alliiertenarmee an Holland scheint ein Eingehen auf die holländischen Forderungen ab. Der Kaiser ist in die Mitte getreten von Holland den Alliierten unter Führung aller Reichsformen zur Aburteilung auszusprechen. Sein Aufenthalt in Holland bedroht den Frieden Europas und die Sicherheit der Welt.“
„Daily Mail“ erklärt, daß der Antrag Englands im Kaiserprozeß, wenn der Kaiser für schuldig befunden wird, nur auf lebenslängliche Deportation oder Verbannung lauten werde.

Das Kriegsende bei der Reichspost.

Die Erhebung der Materialpreise und andere Gründe machen eine Erhöhung der Reichspostgebühren notwendig. Die Reichspostverwaltung hat beschlossen, die Reichspostgebühren zu erhöhen. Die Reichspostverwaltung hat beschlossen, die Reichspostgebühren zu erhöhen. Die Reichspostverwaltung hat beschlossen, die Reichspostgebühren zu erhöhen.